

Reaktionen auf die Initiative 55.000Plus.

Bundesregierung:

Bundespräsidialamt	keine
Bundeskanzleramt	keine
Bundesministerium der Finanzen	keine
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	keine
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	keine
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	keine

Parteien:

CDU Deutschland	keine
SPD Deutschland	keine
FDP Deutschland	keine
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	keine
DIE LINKE (Wir möchten kein Geld von den Kirchen nehmen)	ja
AFD (Weiterleitung an den Arbeitskreis im Bundestag für Bau,Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen)	ja

Gewerkschaften:

IG Metal	keine
Deutscher Gewerkschaftsbund	keine
Verdi	keine
IG BCE	keine
IG Bauen-Agrar-Umwelt	keine
EGV	ja

(Wir unterstützen nur Mietglieder)

Stiftungen:

Hanns-Seidel-Stiftung	keine
Friedrich-Ebert-Stiftung	keine
Konrad-Adenauer-Stiftung	keine
Heinrich-Böll-Stiftung	keine
Bertelsmann Stiftung	keine
Initiative neue Soziale Marktwirtschaft	keine

Kirchen:

Katholische Kirche	keine
Evangelische Kirche	keine

Ministerpräsidenten der Länder:

Staatsministerium Baden-Württemberg (Weiterleitung an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau)	ja
Staatskanzlei Bayern	keine
Staatskanzlei Brandenburg	keine
Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen	keine
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg	keine
Staatskanzlei Hessen	keine
Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern	keine
Staatskanzlei Niedersächsischen	keine
Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen	keine
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Ministerpräsidentin habe ich inzwischen einen Prüfung Ihres Vorschlags veranlasst)	ja
Staatskanzlei Saarland (Weiterleitung an das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport)	ja
Staatskanzlei Sachsen	keine
Staatskanzlei Landes Sachsen-Anhalt	keine
Staatskanzlei Schleswig-Holstein	keine
Staatskanzlei Thüringen	keine